

April 2016
FDP.Die Liberalen Aargau

Positionspapier Volkswirtschaft und Inneres

www.fdp-ag.ch

**Freiheit,
Gemeinsinn
und Fortschritt**

Aus Liebe zum Aargau

Unsere Positionen

- › Wir wollen eine zukunftsgerichtete und innovative Volkswirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen im Aargau.
- › Wir wollen, dass sich unsere Bevölkerung sicher fühlt.
- › Wir wollen Verwaltungen des Kantons und der Gemeinden, die unbürokratisch für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten.

Unsere Hauptanliegen

- › Generell: Starker, aber schlanker Staat!
- › Der Aargau schafft die Voraussetzungen, dass im raschen wirtschaftlichen Wandel innovative Arbeitsplätze entstehen, die zu überdurchschnittlicher Wertschöpfung führen.
- › Im Zweifel für die freie Marktwirtschaft: Der Staat hat sich aus wirtschaftlichen Entscheidungen herauszuhalten.
- › Der Kanton hat sich von Unternehmen zu trennen, die nicht zum hoheitlichen Bereich gehören.
- › Im Aargau wohnen, heisst sich sicher fühlen!
- › Weniger Verkehrspolizei – mehr Kriminalpolizei! Alle sollen jederzeit unbehelligt auf die Strasse gehen können.
- › Alle Verbrechen, insbesondere die Gewaltanwendung, müssen hart bestraft werden.
- › Wenn Prävention nicht greift, müssen die Täter die Repression spüren.
- › Die Justiz muss bei hochstehender Qualität schneller und effizienter werden.
- › Eine funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft sind auf eine qualitativ hochstehende Justiz angewiesen. Die Verfahren dauern aber in vielen Fällen zu lange. Dem missbräuchlichen Ergreifen von Rechtsmitteln muss der Riegel geschoben werden. Im Strafrecht soll das Opfer vor dem Täter geschützt werden.

1. Attraktiver Wirtschaftsstandort – mehr Arbeitsplätze

(vgl. Positionspapier Finanzen und Ressourcen)

Ziele:

- › Konsequente Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Aargau
- › Rahmenbedingungen, die die Entwicklung von innovativen und starken Unternehmen mit hochstehenden Arbeitsplätzen ermöglichen
- › Steuergünstigster Kanton unter den grossen Kantonen

Massnahmen:

- › Promotion des Wirtschaftsstandorts Aargau und Einrichtung einer privatrechtlich organisierten Anlaufstelle für ansässige Unternehmer und neue Investoren (One-stop-shop)
- › Vermehrte Ausrichtung der Bildung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft
- › Raschere Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren durch Verkürzung der Instanzenzüge, verschärfte Anforderungen an die Geltendmachung von Rechtsmitteln
- › Verzicht auf unnötige Erhebungen und Formulare
- › Verzicht auf übertriebenen Formalismus auf allen Ebenen
- › Administrative Vereinfachungen für Kleinbetriebe (z.B. Steuerdeklarationen)
- › Zweckmässige Richt- und Nutzungspläne, die den Gemeinden grösstmöglichen Spielraum gewähren
- › Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Service public für die aargauische Wirtschaft mit allen Energieträgern zu günstigen Preisen durch Liberalisierung
- › Verzicht auf Strukturhaltung und direkte Wirtschaftsförderung
- › Wirtschaftsnahes und bedarfsgerechtes Ausbildungsangebot und entsprechende Wiedereingliederung der Arbeitslosen

2. Konzentration auf Kernaufgaben/Privatisierung

Ziele:

- › Beschränkung staatlichen Handelns auf Kernaufgaben
- › Durchsetzung der Regeln des Corporate Governance bei der im Eigentum des Kantons stehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten und Unternehmen
- › Ausdehnung der Privatisierungsdiskussion auf weitere Dienstleistungsbereiche des Staates

Massnahmen:

- › Kritische Beurteilung der Staatsaufgaben
- › Umwandlung der Aargauischen Kantonalbank in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft und Abschaffung der Staatsgarantie
- › Privatisierung staatsfernerer Verwaltungszweige (z.B. Informatikdienste, Wirtschaftsförderung, Statistisches Amt, Strassenverkehrsamt, Strassenunterhalt, Hoch- und Tiefbauamtsbereiche, Liegenschaftsverwaltung, Reinigung, Wäschereien, etc.)

3. Starke Gemeinden als Partner des Kantons

Ziele:

- › Stärkung der Gemeindeautonomie
- › Vermehrte Ausschöpfung von Rationalisierungspotentialen durch interkommunale Zusammenarbeit bis hin zu Fusionen
- › Gebietsreform zur Effizienzsteigerung

Massnahmen:

- › Vollzug des Finanz- und Lastenausgleichs
- › Förderung interkommunaler Zusammenarbeit und von Gemeindegemeinschaften

4. Migration

Ziele:

- › Bessere und schnellere Integration von Fachleuten
- › Zurückhaltung bei weniger qualifizierten Personen

Massnahmen:

- › Erleichterte Bewilligungen für Fachleute
- › Weniger Bewilligungen für unqualifizierte Personen

5. Weniger Missbräuche im Asylwesen

(vgl. Positionspapier Asylpolitik)

Ziele:

- › Missbrauchsbekämpfung intensivieren

Massnahmen:

- › Konsequente Durchsetzung des Asylgesetzes in allen Bereichen, inklusive Ausschaffungen und Einschränkung der Ausgangsrayons für definitiv abgewiesene Asylbewerbende
- › Rasche Verfahren
- › Offen bleiben für politisch, religiös und rassistisch Verfolgte. Rassistische Tendenzen und Auswüchse bekämpfen

6. Stärkerer Schutz vor Kriminalität

Ziele:

- › Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum
- › Klare Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich der öffentlichen Sicherheit

Massnahmen:

- › Strafprozessordnung vereinfachen
- › Optimierung personeller und technischer Mittel der Strafverfolgungsorgane in enger Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Kantonen
- › Stärkere internationale Zusammenarbeit der Polizeiorgane
- › Duale Polizeistruktur Kantonspolizei / Regionalpolizeien überprüfen

7. Justiz – Einsatz für eine schnellere Rechtssprechung

Ziele:

- › Leistungsfähige, qualitativ hochstehende und rasche Justiz

Massnahmen:

- › Konsequente Beschränkung der Rechtsmittelinstanzen auf zwei Instanzen im Kanton und eine Instanz im Bund
- › Erhaltung der Qualität der Rechtssprechung
- › Schnellere Urteile, insbesondere beim Verwaltungsgericht und den Familiengerichten
- › Überprüfung der Verfahrenskosten und Tarife; Abschaffung der Unentgeltlichkeit (z.B. in Einspracheverfahren) und Verstärkung des Äquivalenzprinzips in ausgewählten Rechtsbereichen
- › Stärkere Leitungsorgane der Justiz